**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 48 (1968-1969)
**Heft:** 7

**Rubrik:** Rundschau

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# RUNDSCHAU

## RUSSLANDS HAND AUF OSTEUROPA

Die Intervention Moskaus in der Tschechoslowakei hat die politische und militärische Situation Europas praktisch über Nacht verändert. Unser Kontinent, der in den letzten Jahren im *Windschatten* der grossen Politik lag, ist plötzlich wieder zu einem *weltpolitischen Krisenherd* geworden. Noch lassen sich die Auswirkungen des Handstreichs gegen Prag nicht voll ermessen, und niemand weiss, welche weiteren Pläne die sowjetische Führung hegt. Aber es ist unbestreitbar, dass seit dem 21. August 1968 ein neues Element der Unsicherheit in die internationale Politik getragen worden ist, das den Gang der Ereignisse in den kommenden Monaten bestimmen wird.

### *Schwankende Taktik des Kreml*

Die Taktik, welche die Sowjetunion gegenüber den Reformern in der Tschechoslowakei befolgt hat, zeichnete sich durch erhebliche *Schwankungen* aus. Von Mitte Juli an verstärkte sich jedenfalls der *Druck* Moskaus auf Prag zusehends. Schon am 3. Juli hatte die «Prawda» den ominösen Vergleich zwischen der CSSR und dem Ungarn des Jahres 1956 gezogen. Zehn Tage später trafen sich die Vertreter der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR in *Warschau*, um über die Tschechoslowakei zu Gericht zu sitzen. An Prag wurde ein geharnischter Brief gerichtet, in welchem es zur Aufgabe des Reformkurses und zu Verhandlungen mit den fünf in Warschau tagenden Ländern aufgefordert wurde.

Es gelang der Prager Führung zunächst, sich den Drohungen der «sozialistischen Bruderstaaten» zu entziehen und mit der Forderung nach bilateralen Verhandlungen mit den sowjetischen Führern durchzudringen. Diese Gespräche fanden in Cierna nad Tisou, im äussersten Ostzipfel der Slowakei statt und führten scheinbar zu einem *Kompromiss*. Am 2. August trafen sich in *Bratislava* die tschechoslowakischen Politiker mit den Partei- und Regierungschefs der übrigen Ostblockstaaten. In einer gemeinsamen Erklärung wurden die Vereinbarungen von Cierna bekräftigt. Da fast gleichzeitig die sowjetischen Truppen, die sich — angeblich zu *Manövern* — seit Mai in der Tschechoslowakei aufgehalten hatten, nach ihren Standorten zurückverlegt wurden, schien auch die unmittelbare militärische Bedrohung von der Tschechoslowakei genommen. Die meisten Kommentare im Westen beurteilten die Erklärung von Bratislava als einen *Erfolg* der tschechoslowakischen Reformer.

Zwischen dem 2. und dem 14. August hat Moskau eine *Schwenkung* vorgenommen, deren Ursache unbekannt ist und über die man nur *Spekulationen* anstellen kann. Es deutet alles darauf hin, dass sich innerhalb der sowjetischen Führung verschiedene Kräftegruppen um die Bestimmung des politischen und militärischen Kurses stritten und dass es den Verfechtern einer harten Linie gelang, sich durchzusetzen. Jedenfalls nahm Mitte August die sowjetische Presse die nach dem Treffen von Bratislava jäh abgebrochene *Kampagne* gegen die Prager Reformer ebenso plötzlich wieder auf. Verteidigungsminister Marschall *Gretschko* begab sich nach der DDR, wo angeblich erneut Manöver sowjetischer Truppen stattfanden — das heisst er besuchte das Aufmarschgebiet der Divisionen, die sich zum Einmarsch in die Tschechoslowakei rüsteten.

### *Moskaus Motive*

Die Überlegungen, die Moskau in den ersten beiden Augustwochen zu einem *radikalen Kurswechsel* bewogen, sind im einzelnen unbekannt. Die Tatsache, dass die Sowjetführung sich schliesslich entschloss, die tschechoslowakische Krise durch einen Gewaltstreich zu lösen, deutet

aber darauf hin, dass Russland es nicht duldet, wenn innerhalb seines Imperiums ein Land Selbständigkeitsregungen zu zeigen beginnt. Die Toleranzmarge der Sowjetunion gegenüber sogenannten *Liberalisierungsbestrebungen* ist sehr gering, besonders dann, wenn Moskaus machtpolitische Interessen auf dem Spiele stehen. Die Tschechoslowakei liegt nicht abseits wie Jugoslawien oder im unmittelbaren Griff der Sowjetunion wie Rumänien. Die Tschechoslowakei hat eine direkte Grenze mit einem NATO-Land, der Bundesrepublik. Noch immer nimmt Böhmen eine wichtige strategische Stellung ein; Bismarcks Satz: «Wer Böhmen beherrscht, beherrscht Europa», gilt offensichtlich für die sowjetischen Strategen auch noch im Atomzeitalter.

Die tschechoslowakischen Reformer haben solchen sowjetischen Vorstellungen Rechnung getragen, indem sie immer und immer wieder ihre *Verbundenheit mit dem Warschauer Pakt* betonten und versicherten, sie strebten keine Änderung des sozialistischen Systems und keine Rückkehr zum Kapitalismus an. Das alles hat nicht ausgereicht, das sowjetische Misstrauen zu zerstreuen. Die Sowjetunion hat in dem Augenblick, da sie ihre machtpolitische Position in Mitteleuropa bedroht glaubte, auch keine Rücksicht auf die kommunistischen Parteien des Westens genommen, deren negative Reaktion auf einen Einmarsch in die CSSR leicht vorauszusehen war. Die ideologische Führungsposition innerhalb des Weltkommunismus ist Moskau weniger wichtig als die *Sicherung seiner Machtbasis* in dem Glacis, das es sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa geschaffen hat. Die Sowjetführung nimmt lieber das Risiko auf sich, dass das für November dieses Jahres geplante kommunistische Parteitreffen in Moskau, um das sich die KPdSU seit Jahren bemüht hat, nicht zustande kommt, als dass sie mit Rücksicht auf irgendwelche Stimmungsschwankungen in den westlichen kommunistischen Parteien auf einen *aggressiven Akt* verzichtet hätte, durch den die sowjetische Machtposition verstärkt werden sollte.

*Abenteuerlicher Kurs?*

Der Überfall auf Prag hat in den meisten Ländern Westeuropas eine *schockartige Wirkung* gehabt. Die Hauptursache dieses Schocks lag wohl in der Erkenntnis, dass in Moskau im Augenblick eine Führung die Macht in Händen hat, die zu abenteuerlichen Massnahmen Zuflucht nimmt, wenn sie auch nur eine minimale Gefährdung ihrer Herrschaftsposition befürchtet. Die Frage erhebt sich, wo dieser neue sowjetische Imperialismus seine Grenzen finden würde. Sind nach der Tschechoslowakei auch Rumänien und Jugoslawien gefährdet? Wird nun das grosse Aufräumen beginnen, eine Art «roll back», mit dem alle seit 1948 unbotmässig gewordenen sowjetischen Satelliten wieder in den Pferch des Ostblockes zurückgezwungen werden sollen?

Moskaus Politik hat seit dem Angriff auf die Tschechoslowakei jedenfalls einen neuen Aspekt der Ungewissheit erhalten. Darum auch die scharfe Reaktion des Westens auf die sowjetische Agitation gegen die Bundesrepublik und die Anrufung der sogenannten *Feindstaatenklauseln* der UNO-Charta, die Moskau nun in dem Sinne interpretiert, als gäben diese ihr ein Interventionsrecht in Westberlin und Westdeutschland. Hier scheinen die Grenzen klar gezogen. Die westlichen Alliierten haben immer klar betont, dass jedes Übergreifen Moskaus über die 1945 gezogenen Linien hinaus den *casus belli* bedeutet. Das war 1948 der Fall, als die Sowjetunion Westberlin durch die unmenschliche Blokkade in die Knie zwingen wollte. Zehn Jahre später versuchte es die Sowjetunion mit einem Ultimatum, durch das der Abzug der Westmächte aus Berlin und die Umwandlung Westberlins in eine *Freie Stadt* erzwungen werden sollte. Ist nun nach weiteren zehn Jahren erneut Berlin an der Reihe? Amerika wie Frankreich haben klar und eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie die sowjetische Auslegung der Feindstaatenklauseln ablehnen, und beide Länder haben Moskau gewarnt, sich auf einen Weg zu begeben, der leicht in eine

Katastrophe münden könnte. Vor wenigen Wochen noch wäre man geneigt gewesen, eine solche eindeutige Warnung als ausreichend zu erachten, um die Sowjetführung von übereilten Entschlüssen zu warnen. Nach den Ereignissen des 20./21. August 1968 ist man sich dessen nicht mehr so sicher.

*Verstärkung der NATO*

Die militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei hat allen jenen Gutgläubigen in der Welt, die ehrlich auf Entspannung hofften, eindrücklich vordemonstriert, dass für die Sowjetunion letztlich nur *machtpolitische Erwägungen* den Ausschlag geben, wenn es um Interessen geht, die von Moskau als vital angesehen werden. Moskau ist zwar bereit, Entspannungspolitik zu treiben, wenn es glaubt, dass diese der UdSSR dienlich und nützlich ist. Eine solche Mentalität kann nur in Schranken gehalten werden, wenn man der Aggression auf der einen Seite die *Entschlossenheit zur Verteidigung* auf der andern Seite entgegensetzt. Trotz Entspannungsbemühungen, Ausgleichsversuchen und Bilateralismus auf höchster Ebene besteht die *Konfrontation* der beiden Supermächte unverändert weiter. Angesichts der ungewissen Absichten der Sowjetführung bedeutet das für den Westen, dass die *Politik der Wachsamkeit* fortgesetzt werden muss. Das strategische Konzept der NATO muss heute neu überdacht werden. Die NATO, die im kommenden Jahr erneuert werden muss, ist als Verteidigungsbündnis nicht überholt, im Gegenteil, sie sollte verstärkt werden, um gegenüber weiteren Überraschungsstreichen der Sowjetunion gewappnet zu sein.

Die Hauptnahtstelle der NATO ist *Europa*. Unser Kontinent ist nicht beruhigt, sondern steht, wie es die Ereignisse in der CSSR gezeigt haben, unter dem ständigen Druck der Sowjetunion. Um hier ein Gegengewicht zu schaffen, ist die *amerikanische Präsenz* weiterhin notwendig, und zwar eine Präsenz in ausreichender Stärke. Das System der *Rotation*, wie es in letzter Zeit entwickelt wurde, Operationen wie «Big Lift» — das heisst die rasche Verschiebung amerikanischer Truppen aus den USA nach den jeweiligen Krisenherden — sind im Notfall kein Ersatz für eine starke amerikanische Präsenz. Dass auch die europäischen Partner der Allianz mehr zu ihrer eigenen Verteidigung unternehmen und Amerika entlasten sollten, sei nur am Rande vermerkt. Wenn diese Lehren aus der tschechischen Krise gezogen werden, dann wird der Schock, den sie ausgelöst hat, ein heilsamer gewesen sein.

*Fabius*

## VIETNAM UND DIE AMERIKANISCHEN PRÄSIDENTENWAHLEN

*Ein Bericht aus Washington*

Der Vietnamkrieg wird den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen vom kommenden November in mancher Hinsicht entscheidend mitbestimmen. Hätte der Krieg nicht stattgefunden oder hätte sich der Friede wenigstens früher eingestellt, so wäre Präsident Johnson einer Wiederwahl sicher gewesen. Bestimmt hätte er sich — erfüllt von stolzer Freude über seine friedensstiftende Leistung und überstrahlt vom Ruhm, als erster amerikanischer Präsident zu einer Gipfelkonferenz zwecks Einstellung des nuklearen Wettrüstens nach Moskau gereist zu sein — um eine Erneuerung seines Mandats beworben. Moskau jedoch versagte Präsident Johnson die Erfüllung dieses Wunschtraumes — einer Hoffnung, die er bis zu seinem grimmigen Entschluss vom 31. März, sich vom Rennen um die Präsidentschaft zurückzuziehen, gehegt haben muss.

Moskau enttäuschte Präsident Johnson doppelt: Es half ihm nicht, den Krieg durch nachdrückliche Einflussnahme auf

Hanoi zu beendigen; und mit der Invasion der Tschechoslowakei zerstörte der Kreml die Hoffnungen Präsident Johnsons, sein politischer Erbe, Vizepräsident Hubert Horatio Humphrey, könne aus der Entspannung, dem Brückenschlag zwischen den beiden Supermächten und dem Gipfeltreffen zur Verhinderung einer weiteren Runde im Raketenwettrüsten im Betrag von hundert Milliarden Dollar Nutzen ziehen.

Der Vietnamkrieg, der bis heute das Leben von 27000 Amerikanern gefordert und neunzig Milliarden Dollar gekostet hat, führte Präsident Johnsons politischen Niedergang herbei. Der Präsident erkannte, dass er sich einer gespaltenen, durch einen ungewissen Krieg verwirrten Nation gegenübersah. Er nahm die Bürde der Schuld auf sich, obwohl nicht er den Krieg ausgelöst hatte. Der Vollblutpolitiker, der auf seine Leistungen für Wohlfahrt und Fortschritt der Vereinigten Staaten so stolz ist, war gezwungen, sich in die Verborgenheit zurückzuziehen — eine höchst ungewöhnliche Situation für den Mann, der in der Vergangenheit gerade dank seinem öffentlichen Auftreten vor der Nation Erfolg gehabt hatte. Er erschien nicht einmal vor dem lärmigen Parteikonvent der Demokraten in Chicago, wo zur Feier seines sechzigsten Geburtstages ein Galaempfang geplant gewesen war.

### *Der «unmoralische Krieg»*

Im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg begann sich seit 1965 das politische Klima in den USA für Präsident Johnson und seine demokratische Partei zu verschlechtern. Noch 1964 hatte er einen verblüffenden und überwältigenden Sieg über Senator Barry Goldwater davongetragen. Damals war der Krieg ein Streitpunkt von zweitrangiger Bedeutung gewesen. Im November 1964 standen rund 22000 Mann amerikanischer Truppen in Südvietnam, der Krieg kostete jährlich etwa eine Milliarde Dollar, und im ganzen Jahr 1964 verloren die Vereinigten Staaten in Vietnam lediglich 147 Soldaten.

Seit dem Einsatz amerikanischer Kampftruppen ab Mitte 1965 und der schrittweisen Eskalation, die den Aufmarsch von etwa 550000 amerikanischen Soldaten mit sich brachte, begann sich der Krieg aber auf die psychologische Stimmung des Landes schädlich auszuwirken. Universitätsstudenten, Fortschrittler, Intellektuelle und selbst konservative Industrielle wurden entmutigt und desillusioniert. Sie sprachen von der «Immoralität» des Krieges und stellten die Berechtigung der USA, in der Rolle des Weltpolizisten aufzutreten, in Frage. Irgendwie infizierte diese Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Bundesregierung die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen. Streitbare Negerführer sahen, wie der Krieg jährlich zwanzig und bald dreissig Milliarden Dollar verschlang, Summen, die man nach ihrer Meinung zweckmässiger für den Kampf gegen die Armut und für die Sanierung der Ghettos, der Brutstätten von Unruhe und Gewalttat, hätte verwenden können.

Der Krieg nahm Präsident Johnsons Geist und Tatkraft in höchstem Masse in Anspruch. Nach Ansicht der Schwarzen schien der Krieg die allgemeine Aufmerksamkeit von der wichtigsten Aufgabe, der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten, abzulenken. In den Augen der idealistischen, in der Fülle materiellen Wohlstandes übersättigten Hochschulstudenten symbolisierte der schreckliche Preis und die Ziellosigkeit des Krieges den Bankrott der amerikanischen Lebensweise. Sie nahmen eine autoritätsfeindliche Gesinnung an und verwarfen überkommene Werte und Institutionen, die sie gewissermassen in Wasserstoffbomben, Napalm, Massenvernichtung menschlichen Lebens und in der Vernachlässigung der Ghettos verkörpert sahen. Die Neger und die irregeleiteten weissen Jugendlichen rebellierten auf die ihnen jeweils angemessene Weise gegen den mittelständisch-weissen Status quo.

Ihren sichtbaren Ausdruck fand die Empörung dieser unteren Gesellschaftsschichten in den Hippies mit ihren zum Widerspruch herausfordernden langen Haaren, Bärten und auffallenden Kleidern

und in jenen Schwarzen, die sich afrikanische Haartrachten und afrikanische Bekleidungssitten aneigneten oder selber Phantasiekostüme aus Nehru-Jacken, Rollkragenpullovern und lang herabhängenden Schmuckketten zusammenstellten.

*Der «white backlash»*

Der untere und gehobene weisse Mittelstand — und damit der überwiegende Teil der amerikanischen Wählerschaft — fürchtet und verabscheut die Rebellion der Neger und Jugendlichen. Weder durch Meinungsumfragen noch durch andere Untersuchungsmethoden liess sich aber eindeutig feststellen, welche Gruppierungen sich nun eigentlich herausbilden werden. Wie aus einer kürzlich vorgenommenen Untersuchung hervorgeht, könnte dank dem konservativen Trend der republikanische Präsidentschaftskandidat Richard M. Nixon den demokratischen Anwärter Hubert Horatio Humphrey schlagen. Der unbekannte Faktor ist die Stärke des Kandidaten der American Independent Party, des Südstaatlers George C. Wallace, der sich nicht nur unter der negerfeindlichen Bevölkerung des Südens, sondern auch unter den mittelständischen, nichtintellektuellen Weissen in den Städten des Nordens eine ansehnliche Gefolgschaft verschafft hat. Der Umfang und die Wirkung dieses «white backlash» lassen sich nur schwer abschätzen, aber Wallace könnte, wie manche Fachleute vermuten, bis zu dreissig Prozent aller Stimmen bekommen.

Die Reaktion des weissen Mittelstandes auf die soziale Unrast und Verwirrung könnte jedenfalls von beherrschendem Einfluss auf das Wahlgeschehen sein. Normalerweise bilden die Demokraten die Mehrheitspartei. Im Lauf der letzten 36 Jahre residierten während 28 Jahren demokratische Präsidenten im Weissen Haus. Die Republikaner, die die zuverlässige Unterstützung von etwa einem Viertel aller Wähler geniessen, sind die Minderheitspartei. Um zu gewinnen, müssen sie Gruppen dissidenter Demokraten und Unabhängiger auf ihre Seite ziehen. Wie James Reston, der politische Kommentator der «New York Times», kürzlich bemerkte, werden die weissen, mittelständischen Bürger der mittleren Altersgruppe neunzig Prozent der Wählerschaft ausmachen. Dies ist die Majorität, die für die Beibehaltung des Status quo eintritt. Im Rahmen dieser überwältigenden Mehrheitsgruppe werden die Republikaner den Sieg zu erringen suchen. «Die Republikaner», erklärt Reston, «werden bei ihrem Wahlfeldzug von der Annahme ausgehen, dass die weissen Wähler mittleren Alters die Proteste der Jungen, der Schwarzen und der Intellektuellen gründlich satt haben, zugunsten ihrer mittelständischen Ideale stimmen und die Wahl entscheiden werden.»

Bereits steht fest, dass Wallace, ein kampflustiger kleiner Politiker, dem die Angst der Nicht-Intellektuellen vor den Schwarzen als Grundlage seiner Kampagne dient, beim unteren Mittelstand beträchtlich an Terrain gewonnen hat. Einige politische Beobachter äussern die Ansicht, Wallace werde wahrscheinlich Nixon eines Teils seiner potentiellen Anhängerschaft berauben; andere hingegen glauben, er könnte auch Humphrey in den Grossstädten demokratische Stimmen entziehen. Obwohl Humphrey umfassende gewerkschaftliche Unterstützung geniesst, werden doch viele Arbeiter für Wallaces Versprechen von «Recht und Ordnung» stimmen.

Recht, Ordnung und Stabilität werden in der Tat die Schlagworte sein, welche die grosse mittelständische Wählerschaft mittleren Alters gewinnen sollen. Nixon wird versuchen, als eine Ruhe und Sicherheit verheissende Führerpersönlichkeit zu erscheinen. Er wird sich bemühen, die Autorität zu verkörpern, die den Gewaltakten auf der Strasse ein Ende zu setzen vermag. Er wird als Staatsmann aufzutreten trachten, der mit den Russen auf dem Verhandlungswege einen Frieden zustande bringen kann, ohne Vietnam preiszugeben. Und er wird der Super-Manager sein wollen, der wirtschaftliche Prosperität und Wachstum ohne Vornahme drastischer Umstellungen gewährleistet.

*Das Pendel schlägt aus*

Der Pendelschlag der Geschichte begünstigt Nixon. Humphrey befindet sich aus verschiedenen Gründen im Nachteil: Einmal herrscht in seiner Partei Uneinigkeit; dazu hinterliessen die Massnahmen der Polizei von Chicago gegenüber den jungen Demonstranten, die Senator Eugene McCarthy unterstützen, einen sehr schlechten Eindruck, und schliesslich gibt es da den Widerstand McCarthys. Die junge studentische «neue Linke», die «Internationale Partei der Jungen» und die nicht klassifizierbaren Hippies haben sich von den Demokraten losgesagt, gedenken aber deswegen nicht für Nixon oder Wallace zu stimmen. Immerhin werden einige linksgerichtete Revolutionäre für Nixon stimmen, und zwar aus dem boshaften Verlangen heraus, die Demokraten zu besiegen, die Demokratische Partei als Trümmerhaufen zu hinterlassen, auf ein Debakel Nixons von 1969 bis 1972 zu hoffen und schliesslich 1972 die Demokratische Partei mit ihrem eigenen «jungen» Kandidaten zu übernehmen.

Zwar ist Nixon des Sieges noch keineswegs sicher, ja weit davon entfernt. In den Augen der Amerikaner ist er zunächst der zweimalige Verlierer. 1960 besiegte ihn der verstorbene Präsident John F. Kennedy, und später wurde er bei seiner Bewerbung um das Amt des Gouverneurs von Kalifornien geschlagen. Seine politische Karriere schien endgültig abgeschlossen. Er zog nach New York und begann eine neue Laufbahn als hochbezahlter Anwalt. Im Verlauf der letzten vier Jahre stellte er aber seinen Ruf als Staatsmann äusserst sorgfältig wieder her und befasste sich intensiv mit innen- und aussenpolitischen Fragen.

Was das Kernproblem, den Vietnamkrieg, anbelangt, so vermied Nixon bis jetzt einseitige Erklärungen. Im allgemeinen scheint er Präsident Johnsons Politik zu unterstützen, aber die Art und Weise ihrer bisherigen Durchführung zu missbilligen. Nixon gab zu verstehen, er hätte den Krieg schneller, mit geringeren Kosten und kleineren Verlusten an amerikanischen Soldaten zu beendigen vermocht, indem er den Kreml dazu gedrängt hätte, Hanoi im Sinne einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu beeinflussen.

Nixon schien seine alte unnachgiebige Haltung gegenüber der Sowjetunion mildern zu wollen. Noch kurz vor der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Russen erklärte er, die Ära der Konfrontation mit dem Kommunismus sei vorbei; er würde jetzt mit den Kommunisten verhandeln. In welchem Masse sich seine antikommunistische Einstellung geändert hatte, war zwar nicht völlig klar. Absichtlich versteifte er sich nicht auf die Behauptung, von einer Position der Stärke aus verhandeln zu wollen, und er äusserte die Meinung, auch die Kommunisten würden mit der Zeit nachgiebiger. Der Umstand, dass der Kreml nun mit militärischen Machtmitteln überraschend gegen die Tschechen vorgegangen ist, dürfte jetzt Nixons Fähigkeit, mit den Russen zu «verhandeln», um einiges einschränken.

Trotz den offenkundigen Vorteilen auf seiner Seite könnte Nixon in Schwierigkeiten geraten, wenn er versucht, die alte demokratische Mehrheit von Gemässigten, Arbeiterschaft, Liberalen und Unabhängiten, welche die Republikaner in der Vergangenheit so oft besiegte, auf seine Seite zu ziehen. Nixon verlor 1960 gegen den verstorbenen John F. Kennedy nur ganz knapp. Damals kam ihm das antikatholische Stimmpotential zustatten, obgleich es nicht gross genug war, um ihm den Sieg zu sichern. Heute besteht kein solcher Vorteil für Nixon. Humphrey ist eine bekanntere Persönlichkeit als Kennedy es einst war. Auch ist er nicht wegen seiner Konfessionszugehörigkeit benachteiligt. Er geniesst ferner starken gewerkschaftlichen Beistand und die Hilfe der etablierten demokratischen Parteiorganisation.

Einige Umstände werden sich nachteilig für Humphrey auswirken: nämlich seine Verbindung mit Präsident Johnsons Vietnampolitik, ferner die Tatsache, dass er bei den jüngeren Wählern als «alt» gilt und schliesslich sein Hang zur Schwatzhaftigkeit. Zweifellos wird er eigene Wege

zu gehen versuchen, um ein baldiges Ende des Vietnamkrieges herbeizuführen. Kann er aber bei den Pariser Friedensgesprächen nicht einen unverkennbaren Fortschritt erzielen, so wird ihm der Krieg weiterhin wie ein Mühlstein am Halse hängen. Der heute 57jährige ist seit 1948, seit den Tagen Harry Trumans, ein altbewährtes Arbeitspferd der Demokratischen Partei. Aber sein früherer Einsatz zugunsten der Bürgerrechte für die Schwarzen und einer liberalen Politik ist bei den jungen Wählern von heute vergessen. Will er auf dem Fernsehschirm und bei Debatten voll zur Geltung kommen, so wird er seine Neigung, endlos und manchmal ziellos zu reden, zügeln müssen; andernfalls wird er erfahren, dass ihn Nixon mit seinem klareren, juristisch geschulten Intellekt auf der Rednerbühne auszustechen vermag.

Humphreys stärkste Siegeshoffnung lag im Fortgang der Pariser Friedensgespräche. Da nun der Kreml auf die harte Linie grober militärischer Gewaltanwendung hinübergewechselt hat, lässt sich kaum erwarten, dass Präsident Johnsons Vorstösse zugunsten einer Entspannung in Moskau auf viel Beifall stossen werden. Humphrey hätte eine Friedensgeste Hanois vor dem Wahltag im November sehr wohl auswerten können. Die Aussicht auf einen solchen Schritt ist aber nicht ermutigend. Und das bedeutet, dass sich zurzeit Richard Nixon im Vorteil befindet.

*Lloyd Norman*

## INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

### *Einen Monat danach*

Etwas mehr als einen Monat ist es her seit jenem 21. August, da das tschechische Volk aufs bitterste erfahren musste, wie gering der Spielraum für einen «eigenen Weg zum Sozialismus» im Sowjetimperium auch heute noch ist. Die Empörung, die in jenen Tagen unser Land durchflutete, beginnt zu verebben. In den Zeitungen sind die dramatischen Berichte resignierten Betrachtungen darüber gewichen, in welchem Masse es der Prager Reformequipe gelingen werde, Reste ihrer weit ausgreifenden Pläne und sich selbst vor dem Zugriff der russischen Zwingherren zu retten. Statt der Bilder von den grossartigen Manifestationen disziplinierten passiven Widerstands häufen sich nun die Photos von Treffen lächelnder sowjetischer Politiker und Experten mit ihren «tschechoslowakischen Freunden». Noch werden Wimpel in den tschechischen Farben gekauft und getragen; noch laufen Hilfsaktionen für die paar tausend Tschechen, welche in unserem Lande um Asyl nachgesucht haben oder vorläufig ihre Rückreise hinausschieben. Doch die Ereignisse von Ende August sind bereits in eine merkwürdig unwirkliche, deswegen allerdings nicht weniger bedrückende Ferne gerückt: Die Welt geht zur Tagesordnung über.

Und trotzdem hat sich die Szene verändert. Was immer die nächste Zukunft den Tschechen bringen mag, wie stark auch immer die Fassade der kommunistischen Einheit künstlich restauriert und wie sehr die öffentliche Meinung der Tschechoslowakei wieder durch die Eintönigkeit offizieller Sprachregelungen übertüncht werden wird — es bleibt das grosse Erlebnis jener Stunde der Wahrheit im Gedächtnis dieses Volkes wie der Umwelt eingebrannt, jener überwältigende Augenblick, da man sich gegenseitig erkannte und da durch dieses Erkennen ungeahnte moralische Kräfte erwuchsen, denen selbst mit allen Finessen verfeinerter Okkupationstechnik nicht so rasch beizukommen sein wird.

### *Gefühl der Ohnmacht*

Nachhallen wird aber auch noch etwas anderes, und dies vor allem im europäischen Westen: jenes niederschmetternde

Gefühl der Ohnmacht, das gerade hierzulande besonders ausgeprägt war. Seit 1956, da der Freiheitskampf Ungarns zur nationalen Tragödie wurde, hat man sich zwar keinen Illusionen mehr hingeben können über die Lösungsmöglichkeiten solcher Krisen. Die stillschweigende Übereinkunft der Grossmächte, die jeweiligen Einflusssphären gegenseitig strikte zu achten, manifestierte sich schon damals vor aller Welt und machte vor allem auch den Kleinstaaten drastisch sichtbar, nach welchen Spielregeln solche Konflikte heuzutage durchgespielt werden.

Die Wiederholung des Dramas von 1956 unter veränderten Umständen und Vorzeichen wirkte deswegen aber nicht weniger erschütternd. Im Gegenteil: gerade weil man diesmal von Anfang an wusste, dass die Tschechen ganz auf sich allein gestellt sein würden, gerade weil die Vorgänge darum zum vorneherein den Stempel des Zwangsläufig-Hoffnungslosen trugen, wurden jene Tage besonders tief als erniedrigende Phasen des Zeitgeschehens empfunden.

*Reaktionen*

Das Bewusstsein der Unausweichlichkeit und Zwangsläufigkeit bestimmter weltpolitischer Abläufe prägte auch die Reaktionen. In unserem Lande wurden zwar vereinzelte Stimmen laut, die diplomatischen Beziehungen zu den kommunistischen Aggressoren abzubrechen. Aber sämtliche Organe von Gewicht traten nicht ernstlich auf solche Forderungen ein. Auch ein Boykott der Olympischen Spiele, wie er 1956 von den schweizerischen Sportlern vollzogen worden war, wurde diesmal nicht mehr proklamiert. Zu sehr war die Erinnerung an die praktische Nutzlosigkeit früherer Aktionen solcher Art noch gegenwärtig. Man begnügte sich mit Demonstrationen «auf kleinem Feuer», sagte da ein Fussball-Länderspiel ab und kündigte dort die Teilnahme an einem wissenschaftlichen Kongress im Ostblock auf. Kleine Minderheiten zogen zwar vor russische Botschaften und Banken und setzten ihren Zorn dabei in wütende Pinselstriche um, im vollen Bewusstsein, dass dies zu den einkalkulierten Risiken der betroffenen Beamten und Amtsstellen gehört. Sonst aber hielt man auf Würde und Zurückhaltung — in realistischer Einschätzung der Unmöglichkeit irgendwelcher Beeinflussung des abrollenden Geschehens.

*«Gegenkampagne»*

Umso erstaunlicher ist es, dass sich trotz dieser im allgemeinen äusserst kontrollierten Reaktion sofort eine Art von Gegenkampagne auf breiter publizistischer Front organisierte. Das Schema war immer dasselbe: Man distanzierte sich zwar mit allen Zeichen der Entrüstung von den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Doch hob man mit mindestens so grossem Nachdruck den Zeigefinger, dass man sich vor der Reaktivierung der «Kalten Krieger» und der früher üblichen «pauschalen Verteufelung» des Kommunismus hüten müsse. Besonders «Differenzierte», die sich vor allem auch in kirchlichen Linkskreisen finden, verzichteten dabei sogar auf jede distanzierende Geste gegenüber den Okkupanten Prags.

Der Vorgang illustriert einen Klimawechsel gegenüber 1956, der nur dann einigermassen erklärlich wird, wenn man ihn als eine Art psychologischer Überkompensation nach den Zeiten des «Eisernen Vorhangs» versteht. Dass dabei das Kind da und dort mit dem Bade ausgeschüttet wird, ist offenbar unvermeidlich. Man wird allerdings in nächster Zukunft nicht darum herumkommen, bestimmte Fakten wieder entschiedener in Erinnerung zu rufen. Der «Kalte Krieg» zum Beispiel war doch wohl keine böswillige Erfindung westlicher Politiker und Publizisten, sondern die weltpolitische Konsequenz des sowjetischen Stalinismus. Und wenn heute so viel vom «anderen Kommunismus», von der «reinen Lehre» die Rede ist, so muss man daran erinnern, dass eben diese reine Lehre auch am Anfang des Leninismus-Stalinismus und der Herrschaft Maos gestanden hat. Eine politische Philosophie

lässt sich nicht nach rein geistigen Kriterien abschliessend beurteilen. Ausschlaggebend ist vielmehr ihre Anwendbarkeit. Und wenn eine Lehre wie der Kommunismus trotz ihrer idealistischen Ziele in der Anwendung immer wieder in Gewaltherrschaft und Gesinnungsterror umschlägt, so ist doch wohl der Gedanke nicht ganz abwegig, dass der Grund dafür in der Lehre selbst und nicht im politischen Versagen ihrer Bannerträger liegen könnte.

*Konsequenzen*

Die praktisch-politischen Konsequenzen aus den tschechischen Ereignissen geben in unserem Lande im übrigen kaum zu Kontroversen Anlass. Bundesrat und Öffentlichkeit haben der Sendung der neutralen Schweiz gemäss sofort alles Menschenmögliche in die Wege geleitet, um den Hilfsbedürftigen auch wirkungsvoll und rasch zu helfen. Was die offiziellen Beziehungen zu den Aggressorstaaten betrifft, so erfahren diese keine formelle Änderung, schon deshalb nicht, weil es zur Neutralitätspolitik der Guten Dienste im Widerspruch stünde. In der Frage der Ostkontakte schliesslich herrscht allgemein die Ansicht vor, man solle sie langfristig nach Einhaltung gewisser Karenzfristen eher noch ausbauen als vermindern. Denn nur durch den unmittelbaren Kontakt ist es möglich, wenigstens ein Minimum an geistiger Auseinandersetzung in die Wege zu leiten, von deren Intensität für die Zukunft von Osteuropa trotz Okkupationen und Pressionen viel abhängen kann.

Weniger klar und eindeutig sind die Schlussfolgerungen, die hierzulande in militärischer Sicht gezogen worden sind oder noch gezogen werden müssen. Eines allerdings steht fest: In der heutigen weltpolitischen Konstellation kann gerade ein kleines Land in Zeiten der Krise sehr einsam und völlig auf sich allein gestellt sein. Daraus aber, wie dies getan worden ist, den Schluss zu ziehen, es sei am besten, künftig auf die Karte des passiven Widerstandes zu setzen, ist denn doch gar naiv und kurzsichtig. Realistischer und naheliegender ist indessen die Forderung, unser Abwehrsystem auf den Fall einer sozusagen inoffiziellen, «freundschaftlichen» Besetzung hin zu überprüfen. Und da könnte es sich dann allerdings ergeben, dass unsere Abwehrbereitschaft nicht immer und überall über alle Zweifel erhaben ist.

*Der Wettlauf um den sozialen Fortschritt*

Das rein innenpolitische Geschehen stand in den letzten Wochen stark im Zeichen der Sozialpolitik, wie dies überhaupt charakteristisch für eine Phase der Vollbeschäftigung und der steigenden Einkommen ist. Den Gewerkschaften und Parteien bleibt nicht allzu viel Spielraum für wirtschaftspolitische Konkurrenzkämpfe übrig. So sucht man sich durch soziale Postulate zu überbieten; und kaum eine politische Gruppe glaubt es sich noch leisten zu können, als Bremser aufzutreten und damit das Odium «sozialer Rückständigkeit» auf sich zu laden.

Diese Entwicklung ist nicht ungefährlich. So bestechend die Forderungen etwa nach besserer Alterssicherung und Besserstellung der kinderreichen Familien tönt, so sehr muss man sich dessen bewusst bleiben, dass die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ihre Grenzen hat. Die Schweiz ist nicht zuletzt deshalb noch immer konkurrenzfähig, weil der Anteil der Steuern und Soziallasten am Volkseinkommen nach wie vor niedriger ist als anderswo. Man sollte sich genau überlegen, wie weit man hier noch gehen darf. Selbstverständlich ist es unsere Pflicht, für Bedürftige zu sorgen. Doch braucht man dazu nicht immer gleich zu generellen Massnahmen zu greifen, die auch alle jene einbeziehen, welche eine zusätzliche staatliche Vorsorge gar nicht brauchen.

Das sozialpolitische Haupttraktandum dieses Jahres ist die 7. AHV-Revision. Dabei tritt der angedeutete Trend stark zutage. Der Bundesrat hatte eine Erhöhung der Minimalrente auf 175 Franken pro Monat beantragt. Der Ständerat entschied sich dann für einen Ansatz von 190. In der Herbstsession nun beschloss der National-

rat minimal 200 und maximal 400 Franken. Die äusserste Linke hatte Ansätze von 400 und 600 Franken vorgeschlagen.

Auch die Beitragsleistungen erfahren eine entsprechende Steigerung. Hatte der Bundesrat eine Vermehrung von 4 auf 5 Prozent beantragt, so sollen es nach Nationalratsbeschluss nun 5,2 Prozent sein. Damit ist nach Ansicht einer Minderheit des Rates der Rubikon überschritten. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass die 5 Prozent keinen Grenzwert darstellten und dass die Drei-Säulen-Theorie weiterhin intakt sei. Man hatte bei der Debatte allerdings den Eindruck, dass unter dieser vielzitierten und von fast allen Parteien bekräftigten Theorie (Dreiklang von staatlicher, betrieblicher und privater Vorsorge) nicht in allen Lagern das Gleiche verstanden wird...

*Spectator*

## MILITÄRISCHE LANDESVERTEIDIGUNG UND TOTALER WIDERSTAND

*Rückblick und Ausblick*

### *Organisation und Ausbildung der Armee*

Die Organisation unserer Armee ist dauerndem Wandel unterworfen. Im Jahr 1967 war der Umfang der organisatorischen Änderungen besonders gross, und zwar in erster Linie infolge der Anpassung der Landwehr und des Landsturms an die durch Herabsetzung der Wehrpflicht und der Heeresklassen stark reduzierten Bestände. Die notwendige Anpassung erfolgte das ganze Jahr über auf verschiedene Weise. Beim Landsturm ist die Zahl der kantonalen Infanterieeinheiten erheblich herabgesetzt worden. Die während des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Ortswehren wurden im Lauf des Jahrs aufgelöst unter Bildung neuer Hilfspolizei- und Bewachungsdetachemente aus den Restbeständen. Im Gegensatz zum Landsturm ist bei der Landwehr an der bisherigen Zahl der Infanteriebataillone festgehalten worden. Die Bestandeskrise sucht man durch mancherlei Palliativmittel auszugleichen. Die bisher übliche Versetzung von Infanteristen zu Festungskompagnien wird in Zukunft unterbleiben. Festungsformationen, Werkkompagnien und Dragonerkompagnien setzen sich nun aus Landwehr und Landsturm zusammen. Einzelne Kantone können Wehrmänner des Landsturms in den Landwehrbataillonen zurückbehalten. Eine Anzahl Grenadier- und Fliegerabwehrkompagnien der Landwehr sind aufgelöst worden. Die Landwehrbataillone der Kantone werden nicht mehr aus den Landwehrleuten des Wohnkantons gebildet, sondern ohne Rücksicht auf den Wohnort aus den Wehrmännern, die aus den Auszugsformationen eines Kantons in die Landwehr übertreten. Die Organisation der Armee verzichtet je länger desto mehr darauf, die Altersgliederung in Heeresklassen, die Binnenwanderung und die in der Rekrutenschule erhaltene Grundausbildung zu berücksichtigen.

Die Flugwaffe begann 1967 mit der Umschulung von Piloten auf Mirage-Flugzeuge, während die Umschulung von Flugplatzformationen im Frühling 1968 einsetzte. Die 1967 neu organisierten Landsturmeinheiten der Infanterie werden ab 1968 wieder zu Landsturmkursen einberufen.

### *Waffen und Waffenplätze*

Die Ausrüstung der bisherigen schweren Fliegerabwehr (7,5 cm) mit den neuen mittleren Flabgeschützen 35 mm und mit Flablenkwaffen konnte 1967 erfolgreich abgeschlossen werden. Um die Mitte des laufenden Jahres haben die eidgenössischen Räte 870 Millionen Franken bewilligt für die Beschaffung von 140 Panzerhaubitzen

15,5 cm M-109 und von 170 Stück des im eigenen Lande entwickelten Panzers 68[1]. Die amerikanischen Panzerhaubitzen sind für die Haubitzregimenter der Mechanisierten Divisionen bestimmt. Die frei werdenden 10,5-cm-Haubitzen sollen die Artillerie der Grenzdivisionen verstärken und unter anderem die 12-cm-Minenwerfer ersetzen. Die neuen Panzer 68 sind für die Panzerbataillone einer Mechanisierten Division bestimmt. Die dabei frei werdenden Centurion-Panzer werden den Felddivisionen zugewiesen zur Umwandlung der Panzerjägerbataillone (G 13) in Panzerbataillone. In einem zweiten Teil des Rüstungsprogrammes 1968 beantragt der Bundesrat die Beschaffung weiteren Kriegsmaterials im Betrage von 461 Millionen Franken, unter dem vor allem die Beschaffung von 12-cm-Minenwerfern für die Panzerminenwerferkompagnien der Mechanisierten Truppen hervorzuheben ist[2]. Eine den Räten beantragte Änderung der Truppenordnung betrifft die Neuorganisation des Flugparkes durch Vermehrung der Einheiten, Herauslösung aus den Flugplatzregimentern und Zusammenfassung in Flugparkbetriebsgruppen, die weitgehend den Betriebsgruppen der Militärflugplatzverwaltung entsprechen[3]. Eine Bauvorlage des Bundesrates verlangt schliesslich 346 Millionen Franken, von denen allein 103 Millionen für Ausbau und Erweiterung von Waffen- und Schiessplätzen und 22 Millionen für Landerwerb bestimmt sind[4]. Im April 1968 konnte der neue Waffenplatz Bure in der Ajoie durch Schulen und WK der Panzertruppen in Betrieb genommen werden, und im Laufe des Septembers wurde der neue Geniewaffenplatz Bremgarten eingeweiht.

*Militärverwaltung und Armeeleitung*

Am 1. Februar 1968 ist das Bundesgesetz vom 5. Oktober 1967 über die Änderung der Militärorganisation in Kraft getreten[5]. Hauptgegenstand des Gesetzes ist eine Reorganisation des Militärdepartements, die als Straffung des Departements bezeichnet wird. Es handelt sich um eine Reform, die sich vorwiegend in Neubenennungen und Umgruppierungen erschöpft. Das EMD umfasst nun 5 Gruppen und den Oberauditor, der dem Departementschef direkt unterstellt bleibt. Bemerkenswert ist die dem Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen unterstellte Gruppe, die einerseits den Kommandostab und die drei neuen Brigaden der Flugwaffe, der Flugplätze und der Fliegerabwehr umfasst, anderseits zwei Abteilungen der Militärverwaltung: die Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr und die Abteilung der Militärflugplätze (bisher Direktion der Militärflugplätze). Mit dieser Verbindung eines militärischen Kommandos mit der Leitung einer Verwaltungsgruppe werden die Sonderstellung des Fliegerkommandanten wie die seit 30 Jahren festzustellende Tendenz zur Bildung eines eigenen «Wehrmachtteiles» verstärkt. Auch die Direktion der Militärverwaltung wird zur Gruppe erhoben, indem man ihr vier Abteilungen und Dienststellen «zuweist». Überraschend ist das Fehlen einer militärischen Armeeleitung, so dass die oberste Leitung der Armee weiterhin beim Departementschef liegt. Die Kommission für die militärische Landesverteidigung, in der die Kommandanten der Armeekorps sitzen, hat nur noch beratende Funktion und verliert an Bedeutung durch den sogenannten Leitungsstab des Departementschefs, der ein Rapport der Gruppenchefs ist, unter Ausschluss der Korpskommandanten.

Effektiver Leitungsstab des Departements ist die Direktion der Militärverwaltung als Generalsekretariat des EMD. Sie hat nicht nur eine starke Vormachtstellung innerhalb der gesamten Militärverwaltung erhalten, sondern auch einen überragenden Einfluss auf die Geschäfte der Armeeleitung zum Nachteil der Truppenkommandanten und letzten Endes der Armee. Man erkennt die Problematik dieser Lösung wohl am besten, wenn man versucht, sie auf das Verkehrs- und Energiedepartement zu übertragen und sich vorstellt, die Generaldirektionen der Bundesbahnen und der PTT-Betriebe würden aufgelöst, ihre Aufgaben vom Departement übernommen

und die Kreisdirektionen der SBB, der Post und der TT-Verwaltung würden direkt dem Departementschef unterstellt. Eine Besonderheit der neuen Departementsorganisation ist eine Übergangsbestimmung der Dienstordnung, welche die Dienststelle «Heer und Haus» für die Amtsdauer des jetzigen Chefs dem Ausbildungschef unterstellt und sie erst von 1969 an in die neue Abteilung für Adjutantur eingliedert, eine Übergangslösung, die einer sachlichen Begründung entbehrt und auf persönlichen Wünschen beruhen soll[6].

*Dienstverweigerer und Katastrophenhilfe*

Die eidgenössischen Räte haben 1967 eine Gesetzesinitiative für die Schaffung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen abgelehnt, im gleichen Jahr aber, anlässlich der Revision des Militärstrafgesetzes, den Dienstverweigerern aus Gewissensgründen eine vermehrte Sonderbehandlung hinsichtlich Strafdrohung und Strafvollzug gewährt. Die Dienstverweigerer werden also nach wie vor gerichtlich verurteilt, aber sie werden mit Handschuhen angefasst. Man kommt ihnen auf halbem Weg entgegen, aber eine klare Lösung ist bis jetzt nicht zustande gekommen. Man stellt Dienstverweigerer aus Gewissensgründen nach wie vor vor Gericht und diskutiert gleichzeitig die Schaffung eines Korps für Katastrophenhilfe im In- und Ausland. Jedes Problem wird gesondert behandelt und bleibt ungelöst, weil offenbar niemand in der Lage ist, die beiden Probleme zusammenzulegen und gemeinsam zu lösen durch Einführung des zivilen Dienstes in der Katastrophenhilfe für die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen, welche grundsätzlich bereit sind, Land und Volk in anderer als militärischer Form zu dienen.

Die Änderung des Militärstrafgesetzes betrifft auch die Disziplinarstrafordnung der Armee. Unter anderem wird die Änderung von Disziplinarstrafen durch vorgesetzte Stellen aufgehoben. Die Räte, welche diese Änderung beschlossen haben, überlegten sich offenbar nicht, dass die meisten Änderungen von Disziplinarstrafen zugunsten der fehlbaren Wehrmänner erfolgten. Für Disziplinarbeschwerden wurde der Weiterzug eines Entscheides an den Oberauditor eingeführt, aber nicht im Sinne einer Appellation, sondern nur im kassatorischen Sinne, sofern wesentliche Verfahrensvorschriften verletzt oder erhebliche Tatsachen missachtet wurden.

*Gesamtverteidigung und Kulturgüterschutz*

Die gleiche Neigung zu Halbheiten kann man auch hinsichtlich der Gesamtverteidigung feststellen, für deren Leitungsorganisation der Bundesrat Botschaft und Gesetzesentwurf in Aussicht stellt. Zur Unterstützung des Gesamtbundesrates ist einerseits die Einsetzung eines besonderen Stabsorgans vorgesehen. Anderseits will man den Direktor der Gesamtverteidigung mit seinem Arbeitsstab im Militärdepartement eingliedern, das damit wieder übermässigen Einfluss auf die Gesamtverteidigung erhalten würde.

Zum Schutze der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten wurde 1954 im Haag ein internationales Abkommen abgeschlossen, dem unser Land 1962 beigetreten ist. Ein entsprechendes Bundesgesetz für die interne Aufteilung der Aufgaben und Befugnisse wurde am 6. Oktober 1966 beschlossen. Die Referendumsfrist ist am 5. Januar 1967 unbenützt abgelaufen. Seither ruhte des Gesetz in klimatisierten Schubladen des Bundeshauses. Zusammen mit der nötigen Vollziehungsverordnung wird es erst auf den 1. Oktober 1968 in Kraft gesetzt.

*Rudolf Felmis*

[1] Botschaft vom 21.2.68, Bundesblatt 1968, Bd. I, S. 461; Bundesbeschluss vom 25.6.68, ebenda 1968, Bd. II, S. 38. — [2] Botschaft vom 27.3.68, ebenda 1968, Bd. I, S. 921. — [3] Botschaft vom 21.2.68, ebenda 1968, Bd. I, S. 417. — [4] Botschaft vom 22.5.68, ebenda 1968, Bd. I, S. 1501. — [5] Amtliche Sammlung 1968, S. 73 und 164. — [6] Verordnung vom 31. Januar 1968, ebenda 1968, S. 225.